

V-2

Antragsteller*innen: LAG Europa

Gegenstand: TOP 8: Sonstige Anträge und Resolutionen

EUROPA GEMEINSAM VORANBRINGEN

1 Mit der Gründung der Europäischen Union (EU) sollten Frieden und Wohlstand auf dem
2 Kontinent dauerhaft gesichert werden. Baden-Württemberg ist heute fester Bestandteil
3 dieser Gemeinschaft und hat durch seine Lage im Herzen Europas seit jeher in besonderem
4 Maße von der europäischen Integration profitiert. Heute steht Europa vor einer fundamen-
5 talen Bewährungsprobe und das nicht erst seit dem Ausgang des Brexit-Referendums. Häu-
6 fig ignorieren die Staats- und Regierungschef*innen der Mitgliedsstaaten bei der Entschei-
7 dungsfindung die gemeinsame europäische Perspektive, etwa beim Umgang mit Flücht-
8 lingen, bei der Lösung der Finanzmarktkrise oder beim Klimaschutz. Stattdessen dominie-
9 ren zu oft kurzfristige nationale Ziele und Egoismen. Die EU wird von den Regierungen
10 auf nationaler Ebene oft völlig zu Unrecht zum Sündenbock erklärt, obwohl sie selbst
11 es sind, die im Rat der Europäischen Union die Beschlüsse fassen. Gleichzeitig schwindet
12 die Zustimmung zur EU in breiten Teilen der Bevölkerung. Immer mehr Menschen sehen in
13 „Brüssel“ nur noch eine überbordende Bürokratie, die den politischen Handlungsspielraum
14 der Regierung ihres Nationalstaates und ihre individuelle Lebensgestaltung einschränkt.
15 Und dort, wo gemeinsames Handeln dringend erforderlich wäre, zeigt sie das Bild einer
16 gespaltenen Union. Dabei machen komplexe Herausforderungen, wie die fortschreitende
17 Globalisierung, eine notwendige grenzüberschreitende Energie- und Umweltpolitik oder
18 der internationale Terrorismus eine engere Zusammenarbeit in Europa heute notwendi-
19 ger denn je. In einer globalisierten Welt kann die EU die neuen Herausforderungen nur
20 gemeinsam lösen.

21 **Für eine gemeinsame, gerechte und nachhaltige Flüchtlingspolitik**

22 Die große Zahl von Flüchtlingen, die nach Europa wollen und kommen, stellt die EU vor
23 große Herausforderungen – von der Erstaufnahme zum Schutz der Geflüchteten bis zur In-
24 tegration der anerkannten Asylbewerber*innen in unsere Gesellschaft. Nur durch gemein-
25 sames Planen und Handeln auf Grundlage unserer europäischen Wertegemeinschaft kön-
26 nen nachhaltige Lösungen erreicht werden. Dabei darf das aus unserer Sicht untaugliche
27 und in der Praxis gescheiterte Dublin-System nicht durch ein Konzept ersetzt werden, das
28 der Abschottung der EU dienen soll und die Aufnahme von Flüchtlingen den Entwicklungs-
29 und Schwellenländern außerhalb Europas überträgt. Abkommen, wie das mit der Türkei in

30 seiner heutigen Form, lehnen wir ab. Eine gerechte und dauerhafte europaweite Verteilung, an der sich die Mitglieder entsprechend Ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen, stellt 31 für uns die Grundlage einer solidarischen europäischen Asylpolitik dar. Bei der Verteilung 32 sollen Sprachkenntnisse sowie familiäre Anknüpfungspunkte mit einbezogen werden. 33

34 Die Freizügigkeit ist eine wesentliche Errungenschaft der EU und darf von einzelnen Mitgliedsstaaten nicht aufs Spiel gesetzt werden. Neu errichtete Grenzzäune schaden der 35 europäischen Wirtschaft und dem europäischen Zusammenhalt. Schengen darf in keiner 36 Weise angetastet werden. 37

38 **Für eine sozial gerechte und ökologische Wirtschaftswende**

39 Innerhalb der EU herrscht noch immer ein großes wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Staaten und Regionen. Doch nur als gesamtwirtschaftlich starke Gemeinschaft ist die Union auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereitet. Daher ist 40 es wichtig, dass in Europa Impulse für eine neue grüne Wirtschaftsdynamik gesetzt werden. Wir brauchen einen Investitionsplan für eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftswende in Europa. Finanziert werden kann ein solches Programm u.a. durch gezieltes 41 Vorgehen gegen Steuervermeidung und –, durch die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen sowie aus der Einzahlung eines Teils der Zinsvorteile für Staatsanleihen einiger 42 Euroländer seit Beginn der Krise. Weitere wirtschaftliche Maßnahmen, wie eine europaweite Finanztransaktionssteuer und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die 43 Körperschaftssteuer, wie sie von der EU-Kommission derzeit auf den Weg gebracht wird, sind notwendig um die Balance in der EU wiederherzustellen. 44 45 46 47 48 49 50

51 Die Klimakrise ist eine der zentralen globalen Herausforderungen, die wir in Europa nur gemeinsam bewältigen können. Hier muss die EU mit gutem Beispiel vorangehen und dem Leitbild des „Divestments“ folgen. In Europa dürfen keine Industrien mehr finanziert 52 werden, die direkt oder auf lange Sicht zur Zerstörung unseres Planeten beitragen. Hier kann unser Land Baden-Württemberg als Motor den Weg hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft ebnen und mitgestalten. Öffentliche Akteure können hier Vorreiter 53 sein, indem sie Investitionen aus Anlagen in der Kohle-, Gas, und Ölindustrie abziehen. Für private Investoren müssen gezielt Anreize zur Unterstützung von kohlenstoffarmen Industrien 54 gesetzt werden. 55 56 57 58 59

60 **Für ein soziales und solidarisches Europa**

61 Das wirtschaftliche Ungleichgewicht in der EU und das damit einhergehende Wohlstandsgefälle, der Kollaps sozialer Sicherungssysteme sowie die teils ausgeprägte hohe Arbeitslosigkeit gefährden den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt in Europa. Die EU 62 muss sich deshalb auch in sozialer Hinsicht weiterentwickeln, damit sie für die Menschen in ihrem konkreten Alltag stärker als bisher, positiv erlebbar wird. 63 64 65

66 Beschäftigungspolitische Impulse wie die Jugendgarantie oder grenzüberschreitende Maßnahmen beruflicher Bildung und Zusammenarbeit, bei der Baden-Württemberg beispielhaft vorangeht, müssen gestärkt werden. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Bildungs- und Investitionsprogramme ist eine lohnende Investition in die Zukunft 67 Europas. Gegen den globalen Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und Sozialstandards muss sich die EU als Garant sozialer Sicherheit und eines menschenwürdigen 68 69 70 71

72 Existenzminimums positionieren. Die Abkehr vom Paradigma der Austerität ist dazu drin-
73 gend notwendig.

74 **Für den Ausbau der europäischen Demokratie und politischen Öffentlichkeit**

75 Wir stehen zum Prinzip der Subsidiarität. Viele Herausforderungen unserer Zeit lassen sich
76 in Europa jedoch nur noch gemeinsam lösen. Hier soll die EU in die Lage versetzt wer-
77 den, Politik nachhaltig, lösungsorientiert und demokratisch zu gestalten. Mehr Kompe-
78 tenzen für die europäische Ebene heißt notwendigerweise auch nationale Kompetenzen
79 abzugeben. „Mehr Europa“ soll da gelten, wo die EU durch notwendiges und sinnvolles
80 gemeinsames Handeln besser in der Lage ist, den Bürger*innen zu dienen als die natio-
81 nalstaatliche, regionale oder kommunale Ebene. Anstelle von Hinterzimmerabsprachen
82 unter Mitgliedsstaaten soll das Europäische Parlament als transparentes Instrument euro-
83 päischer Demokratie ausgebaut werden. Seine Mitentscheidungsrechte, Möglichkeiten zu
84 Gesetzesinitiativen oder zur Besetzung der EU-Kommission müssen weiter gestärkt wer-
85 den. Neue Aufgaben müssen dabei auch einhergehen mit den entsprechenden finanziellen
86 Mitteln.

87 Damit Demokratie auf europäischer Bühne gelingt und nationale Egoismen zurücktreten,
88 braucht es eine europäische politische Öffentlichkeit. Nur so können europäische Themen
89 auch europäisch gedacht werden. Die Einführung transnationaler Listen bei der Wahl zum
90 Europäischen Parlament ist dafür ein geeignetes Instrument. Damit die Akteure hinter den
91 Kulissen für die Öffentlichkeit sichtbarer werden, sollten Parteien weiterhin mit europäi-
92 schen Spitzenkandidat*innen für das Amt des/der Kommissionspräsident*in zur Wahl des
93 Europäischen Parlaments antreten.

94 **Für Europa in Baden-Württemberg, für Baden-Württemberg in Europa**

95 Nur gemeinsam wird es uns in Europa gelingen den globalen Herausforderungen zu be-
96 gegnen. Wir als GRÜNE in Baden-Württemberg haben das Ziel den Weg für ein nachhalti-
97 ges, solidarisches, gerechtes und verantwortungsvolles Europa zu ebnen.

98 Dazu soll die baden-württembergische Landesregierung einen breit angelegten gesell-
99 schaftlichen Europa-Dialog initiieren. So können wir die Errungenschaften unseres ge-
100 meinsamen Europas und unserer Wertegemeinschaft diskutieren, Defizite analysieren und
101 Europa gemeinsam voranbringen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Landesarbeitsgemeinschaft Europa